



Während des KN-Talks haben die Moderatoren Heike Stüben und Christian Longardt viele Fragen von Leserinnen und Lesern gestellt, die vor der Veranstaltung unter [fluechtinge@kieler-nachrichten.de](mailto:fluechtinge@kieler-nachrichten.de) in der Redaktion eingegangen waren. Nach der Veranstaltung haben wir die Chance genutzt, noch mehr Leserfragen an Innenminister **Stefan Stüdt** und den Kieler Sozialdezernenten **Gerwin Stöcken** weiterzureichen.

**Was bedeutet die aktuelle Flüchtlingsituation eigentlich für deutsche Obdachlose – haben sie im Winter überhaupt noch Chancen auf ein Dach über dem Kopf?**

**Stöcken:** Ja. Die Verhinderung von Obdachlosigkeit hat oberste Priorität, unabhängig von der Nationalität der betroffenen Menschen.

**Wären Wohnschiffe auf der Kieler Förde nicht eine gute Idee?**

**Stöcken:** Ja. Jede Option zur Sicherung der Unterbringung von Flüchtlingen wird von uns geprüft, auch diese.

**Ist der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in dieser Lage überhaupt noch zu halten?**

**Stöcken:** Ja. Daran wird nicht gerüttelt.

**Wie steht der Innenminister zu einem Burka-beziehungsweise Verschleierungsverbot in der Öffentlichkeit?**

**Stüdt:** Unser Grundgesetz garantiert jeder Frau (und jedem Mann) die freie Entscheidung ihrer (seiner) Persönlichkeit. Dazu gehört auch, wie sie (er) sich kleidet und in der Öffentlichkeit zeigt. Das schließt auch ein, dass eine Frau eine Burka tragen kann, wenn sie es will. Ich kann alle Menschen gut verstehen, denen der Anblick fremd ist und bleibt, weil wir es schätzen, wenn uns Menschen offen begegnen. Das ist für mich noch kein Grund, das Tragen einer Burka, etwa wie in Frankreich, zu verbieten. Wir würden die Frauen damit in eine noch weitere Isolation in ihrer Wohnung treiben.

# Kieler Ökonom: Jetzt muss schnell gehandelt werden

Deutsche Wirtschaft benötigt Arbeitskräfte

VON JÖRN GENUX

**KIEL.** Wie viele Flüchtlinge können Deutschland und andere europäische Staaten verkraften, und wie kann der Zustrom bewältigt werden? Die Fragestellungen des KN-Talks waren von Montag bis Mittwoch auch zentrale Themen des Global Economic Symposiums (GES) in Kiel. Über Details diskutierten die Teilnehmer dort intensiv und kontrovers. Aber am Ende mündete die Diskussion in die klare Aufforderung des GES an Europa, die „Migranten willkommen zu heißen“.

Direkt vom GES im Hotel Atlantic war Prof. Matthias Lücke zum KN-Talk gekommen. Der Ökonom und Migrationsexperte des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IFW) sagt, es kommt jetzt vor allem auf Geschwindigkeit an. „Wenn die Integration eines großen Teils der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt schnell gelingt, dann werden sie ökonomisch betrachtet keine Last für Deutschland sein“, sagte Lücke am Donnerstag dieser Zeitung. Es komme nun darauf an, „den administrativen Knoten schnell durchzuschlagen“ und Sprachkurse zu organisieren sowie weitere Maßnahmen, um die Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Sonst dauere es viel zu lange, bis die Flüchtlinge hier angekommen seien; das aber sei „fatal“ und könne zu einem „großen Schaden“ für das Land werden. „Wir haben es in der Hand, was aus den Menschen

mark lebenden Migranten übernommen worden waren.

Auf dem GES hatte der Ökonom seinen Plan vorgestellt, wie die Europäische Union ihre Politik verändern muss. Lücke schlägt eine EU-Finanzierung des Asyls vor. Eine zentrale Zuständigkeit könnte „das Missverhältnis zwischen der viel gepriesenen Bewegungsfreiheit im Schengen-Raum der EU und der sogenannten Dublin-III-Verordnung korrigieren“. Dublin III sieht vor, dass Asylsuchende wieder in den Mitgliedstaat zurückgeschickt

**„Wir haben es in der Hand, was aus den Menschen wird, die jetzt und künftig zu uns kommen“**

Prof. Matthias Lücke,  
Kieler Institut für Weltwirtschaft

werden können, in dem sie zum ersten Mal einen Fuß in die EU gesetzt haben. Eine solche Lösung würde die gemeinsame Verantwortung, gemeinsame Standards und echte Lastenteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten fördern. „Eine EU-Finanzierung würde auch helfen, die vielen Ängste zu mindern, die mit dem Thema verbunden sind.“ Die Kosten dafür schätzt er auf 45 Milliarden Euro jährlich. Das sei viel Geld, die Summe entspricht einem Drittel des derzeitigen EU-Haushalts oder 0,3 Prozent der Wirtschaftsleistung aller EU-Staaten. Aber ein solcher Betrag könne von den Staaten aufgebracht werden.



Die Wirtschaft ist flexibel und kann Flüchtlinge aufnehmen, sagt der Kieler Ökonom Matthias Lücke. FOTO: FRANK PETER

wird, die jetzt und künftig zu uns kommen“, sagt der Wissenschaftler.

Deutschland benötige Arbeitskräfte, und die Wirtschaft hierzulande sei flexibel genug, um diese auch aufzunehmen – qualifizierte wie weniger qualifizierte. Lücke verweist auf das Beispiel Dänemark, wo neue Einwanderer aus Afrika niedrig qualifizierte Arbeiten übernommen hätten, die vorher weder von gebürtigen Dänen noch von schon länger in Däne-

mark lebenden Dennis Snower hatte beim GES auf die positiven Auswirkungen der Einwanderung auf Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen: „Die Flüchtlingskrise in Europa sollte als eine goldene Gelegenheit verstanden werden, um die pädagogischen, rechtlichen und kulturellen Initiativen einzuleiten, die wir benötigen, um unsere Perspektive über aktuelle nationale, kulturelle und religiöse Grenzen hinweg zu erweitern.“



Auf dem Podium diskutierten (von li.) Christian Longardt (KN), Minister Stefan Stüdt, Bürgermeister Hartmut König, Stadtrat Gerwin Stöcken, Rawad Zyadeh, Idun Hübner (ZBBS) und Heike Stüben (KN).



Zu den Themenblöcken Wohnen, Zuschauer Fragen stellen. Leider zu beantworten, was so manchen